

Erklärung zur Enttarnung des verdeckten Ermittlers Kristian K.

Anfang November 2004 ist in Hamburg Kristian K. als verdeckter Ermittler der Polizei enttarnt worden. Unter dem Namen „Christian Trott“ war er in verschiedenen linken Gruppen und Zusammenhängen aktiv. Gemeinsam ist diesen Gruppen der Widerstand gegen den Sozialabbau.

Nachdem Kristian K. im November 2003 erstmals in der *Anti-Hartz-Gruppe* erschien, wurde er in den darauf folgenden Monaten in der unabhängigen Gewerkschaftsinitiative „Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union“ (FAU) und in der Kampagne "hamburg umsonst" aktiv. Besonders Interesse zeigte er an Vernetzungstreffen und beteiligte sich somit am *Widerstandsforum*, das unter anderem von attac-AktivistInnen und GewerkschaftlerInnen getragen wird. Außerdem nahm er an den Bündnistreffen gegen die Räumungen der Bauwagenplätze „Henriette“ und „Wendebecken“ teil. Kurz vor seiner Enttarnung bemühte er sich um einen Job beim AStA der Uni Hamburg und um ein Zimmer in einer „politischen“ Wohngemeinschaft. Dies macht die Tragweite seiner Ermittlungsbemühungen deutlich. Inzwischen berichtete die Presse über den Fall¹ und die Hamburger GAL hat eine kleine Anfrage in der Bürgerschaft gestellt².

Wir verurteilen den Einsatz des verdeckten Ermittlers Kristian K.

Er kann nur als das verstanden werden, was er ist: Eine Kriminalisierung und ein Angriff auf dringend notwendige Kämpfe gegen den fortschreitenden Sozialabbau.

Der Abbau von sozialen Rechten ...

Der fortschreitende Sozialabbau wird in den Auseinandersetzungen um Hartz IV besonders deutlich. Hartz IV bedeutet einerseits eine massive Kürzung von Sozialleistungen; für 500.000 Menschen wird die staatliche Unterstützung sogar gänzlich gestrichen. Andererseits bedeutet Hartz IV die umfassende Durchsetzung des Zwangs zur Arbeit. Ab dem 1. Januar 2005 ist jede Arbeit zumutbar. Bei der Ablehnung von „1-Euro-Jobs“ genannten Zwangsdiensten drohen Kürzungen beim Arbeitslosengeld II, unter 25-jährigen droht sogar die vollständige Streichung. Doch Hartz IV ist nur ein Teil der Angriffe auf erkämpfte soziale Rechte und weder der Anfang noch das Ende der Politik des Sozialabbaus. Seit Jahren prägen Phrasen wie „Wir müssen den Gürtel enger schnallen“ und „Die Staatskassen sind leer“ die öffentliche Debatte. Angesichts von Milliardenausgaben für Prestigeprojekte und immer höheren Profitraten sind diese „Argumente“ leicht zu widerlegen. Zugleich werden die Lebensumstände der meisten Menschen immer prekärer. Abbau von ArbeiterInnenrechten, Einführung der Praxisgebühr, die Schließung von Frauenhäusern, weitere Verschärfung beim AsylbewerberInnenleistungsgesetz:

Die Liste der Zumutungen ist lang.

... geht einher mit dem Abbau von demokratischen Rechten ...

Seit Jahren werden demokratische Rechte eingeschränkt und der Ausbau eines Überwachungsstaates vorangetrieben. Die zunehmende Beschneidung individueller Freiheitsrechte zeigt sich unter anderem beim großen Lauschangriff, der Videoüberwachung von öffentlichen Räumen und aktuell an der Folterdiskussion. Auch Hartz IV geht mit dem Abbau demokratischer Rechte einher. So haben Datenschutzbeauftragte Einspruch gegen die Auskunftspflicht in ALG II-Anträgen erhoben.

In diese Politik fügt sich auch der nach geltendem Recht illegale Einsatz des verdeckten Ermittlers Kristian K. ein. Die Polizei ist rechtlich nur befugt, im Fall organisierter Kriminalität oder schwerer Straftaten verdeckte Ermittler einzusetzen. Davon kann bei den beteiligten Gruppen nicht die Rede sein.

Der Einsatz verdeckter Ermittler ist mit gravierenden Eingriffen in Persönlichkeitsrechte, die Unverletzlichkeit der Wohnung und dem Rechtsschutz gegenüber staatlichen Maßnahmen

verbunden. Die engen rechtlichen Grenzen für den Einsatz verdeckter Ermittler wurden von den staatlichen Behörden massiv verletzt. Die politische Verantwortung dafür trägt Innensenator Udo Nagel, der seinerzeit Polizeipräsident war.

... und führt zu Protest

Die Enttarnung des verdeckten Ermittlers Kristian K. macht deutlich, dass der Abbau sozialer und der Abbau demokratischer Rechte zwei Seiten derselben Medaille sind. Gerade das Jahr 2004 hat gezeigt, dass der Widerstand gegen die massiven Angriffe auf soziale Rechte wächst.

Hunderttausende sind auf die Straße gegangen. Zugleich weiten sich Regelverletzungen aus. Der Berliner Professor Peter Grottian hat dazu aufgerufen, der Abschaffung des Berliner Sozialtickets mit Schwarzfahren zu begegnen. Aus Protest gegen die Einführung von „1-Euro-Jobs“ sind in mehreren Städten Geschäftsstellen der Arbeiterwohlfahrt besetzt worden. Im Herbst haben Tausende von Opel-ArbeiterInnen in Bochum gegen die Streichung ihrer Arbeitsplätze wild gestreikt. Unter dem Motto „Agenturschluss“ wird bundesweit dazu aufgerufen, am 3. Januar 2005 Arbeitsagenturen lahm zu legen.

Die Antwort von Staat und Unternehmen lässt nicht auf sich warten: In Berlin hat es nach der AWO-Besetzung Anzeigen wegen Hausfriedensbruchs gegeben. In Bochum werden einzelne ArbeiterInnen herausgegriffen und massiv unter Druck gesetzt.

Es geht aber auch um eine präventive Bekämpfung des sich entwickelnden Widerstandes. Schon von vornherein soll der wegen des Sozialabbaus zu erwartende Protest polizeistaatlich begleitet werden. Ein Beispiel dafür ist der Einsatz von Kristian K., der wie jeder Einsatz von verdeckten Ermittlern u.a. das Ziel hat, die Voraussetzungen für weitere Kriminalisierungsversuche des Staates zu schaffen. Eine Radikalisierung der Proteste und Protestformen soll bereits im Ansatz verhindert und die Bewegung eingeschüchtert und gespalten werden.

Der Einsatz des verdeckten Ermittlers Kristian K. ist nicht nur ein Angriff gegen einzelne politische Gruppen, sondern richtet sich gegen den gesamten Widerstand gegen Sozialabbau. Wir verurteilen den Einsatz verdeckter Ermittler. Insbesondere aber verurteilen wir eine Politik in deren Zentrum der Abbau demokratischer und sozialer Rechte steht. Der Widerstand gegen diese Politik hat nur dann eine Perspektive, wenn er sich den Spaltungen in einen gemäßigten und einen radikalen Teil widersetzt.

Hamburg, den 10.12.2004

Diese Erklärung wurde verfasst von:
Anti-Hartz-Gruppe, hamburg umsonst-Plenum

Diese Erklärung wird unterstützt von:

....
....

¹ taz-hamburg, 18.11.; Die Welt (Hamburg-Teil), 18.11.; Hamburger Morgenpost, 19.11.; Neues Deutschland, 19.11.; Jungle World, 8.12.

² Link zur kleinen Anfrage:

http://www.gal-fraktion.de/cms/default/dok/49/49340.kleine_anfrage_der_galfraktion_verdeckte@de.htm

weitere Stellungnahmen:

http://www.grundrechtekomitee.de/ub_showarticle.php?articleID=141

<http://www.asta.uni-hamburg.de/modules.php?name=News&file=article&sid=1572>